



Wolfgang Lemb

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

1. GEMAINSAM DIE ZUKUNFT GESTALTEN

Rede zum 1. Mai 2022 in Sindelfingen

- Einleitung
- Ukraine-Krieg und die Folgen
- Energiewende und Transformation
- Pandemiebewältigung
- Betriebsratswahlen und Mitbestimmung
- Tarifverträge und Mindestlohn
- Aufbruch in ein soziales und nachhaltiges Europa
- Schluss

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

IG METALL
Vorstand

Einleitung

Lieber Georg, (DGB-Kreisvorsitzender und IGM-BR bei Mercedes-Benz Sindelfingen)

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe/r (Anrede Landtagsabgeordneter),

ich freue mich sehr – heute am 1. Mai – bei Euch hier in Sindelfingen zu sein. Einer Stadt, einer Region, die wie kaum eine zweite in dieser Republik für qualifizierte Arbeit, Wertschöpfung, Innovation, starke tarifliche Standards und eine hohe gewerkschaftliche Durchsetzungskraft steht.

Und Kolleginnen und Kollegen, wir wollen und wir müssen uns, gerade in diesen Zeiten, wo so viel auf dem Spiel steht, dafür einsetzen, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Wir wollen auch in Zukunft hier in der Region eine starke Industrie mit gut bezahlten und sicheren Arbeitsplätzen!

Wir wissen alle: Die Herausforderungen sind riesig!

- Krieg in der Ukraine und unkalkulierbare ökonomische Folgen für Unternehmen und Beschäftigte.
- Energieversorgungskrise und eine seit langem nicht gekannte Inflation.
- Transformation und die zwingende Notwendigkeit zur Erreichung der Klimaziele.
- Digitalisierung und eine Globalisierung, wo im Moment keiner weiß, wo die Reise eigentlich hingeht.

Deshalb haben wir unsere diesjährigen Mai-Kundgebungen unter das Motto gestellt: „GeMAInsam die Zukunft gestalten“.

Aktuell würden wir das Motto vielleicht so formulieren: „Gemeinsam die Zukunft in einem friedlichen Europa gestalten“.

Ukraine-Krieg und die Folgen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

seit dem 24. Februar tobt ein schrecklicher Angriffskrieg in der Ukraine. Und an jedem Tag wird dieser völkerrechtswidrige Angriff brutaler.

Wir hatten gedacht und gehofft, dass Kriege in Europa der Vergangenheit angehören. Dass der Frieden wenigstens in Europa sicher ist.
Wir haben uns getäuscht!

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist Teil der internationalen Friedensbewegung.

Das haben wir bei den Demonstrationen am 27. Februar in Berlin oder am 13. März in Stuttgart oder an vielen anderen Orten deutlich gemacht.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen die kriegerische Aggression Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste.

Dieser Krieg ist ein beispielloser Angriff auf die europäische Friedensordnung. Auf Freiheit, Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit.

Die Hauptleidtragenden sind – wie in jedem Krieg – die Zivilbevölkerung und damit auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir fordern die russische Regierung auf, die Kämpfe sofort zu beenden und einem Waffenstillstand zuzustimmen.

Das Morden muss sofort beendet werden!
JETZT !, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jede weitere Eskalation, und damit auch die Gefahr eines dritten Weltkrieges, muss verhindert werden!

Und: Die territoriale Integrität der Ukraine muss durch den Rückzug der Truppen wiederhergestellt werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
dieser Krieg stellt alte Gewissheiten infrage.

Deshalb müssen wir über eine neue europäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur nachzudenken.

Olaf Scholz hat am 27. Februar vor dem Deutschen Bundestag eine „Zeitenwende“ ausgerufen.

Wir sagen ja, zu einer besseren **Ausrüstung** der Bundeswehr, um die Verteidigung unseres Landes zu ermöglichen, aber NEIN, zu einem neuen Rüstungswettlauf und dauerhafter **Aufrüstung!**

Die dauerhafte Aufstockung des Rüstungshaushalts zur Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO ist nicht Teil deiner Lösung, sondern Teil des Problems!

Denn Fakt ist doch auch: Selbst das zehnfache Rüstungsbudget der USA gegenüber Russland hat Putin nicht abgeschreckt und diesen brutalen Angriffskrieg nicht verhindern können.

Und: Zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts – das ist jeder fünfte Euro im Bundeshaushalt für Rüstung! Geld, das an anderer Stelle schon heute fehlt.

Das wir aber dringend brauchen: Für Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation und in die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
es ist eine historische Wahrheit:
Frieden kann man nicht im Krieg gewinnen!

Wahr ist aber auch: Damit es einen Weg zurück zur Diplomatie und einem Verhandlungsfrieden überhaupt geben kann, muss das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine gestärkt werden.

Wie auch immer man im Detail zu Waffenlieferungen steht: Es muss verhindert werden, dass die Nato, dass Deutschland zur Kriegspartei wird!

Hier ist besonnenes Handeln nicht zu kritisieren, sondern zu unterstützen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
unsere Solidarität gehört den Menschen in der Ukraine, deren Leben bedroht ist und die ihre Freiheit verteidigen. Viele mussten aber mittlerweile ihre Heimat verlassen.

Mehr als sechs Millionen Menschen sind auf der Flucht. Über vier Millionen haben das Land verlassen.

Wichtig war und ist die Solidarität unserer osteuropäischen Nachbarn von der ersten Stunde an.

Mehr als 360.000 Kriegsflüchtlinge sind bei uns in Deutschland. Ich möchte ausdrücklich allen danken – insbesondere den vielfältigen Hilfsaktionen unserer Betriebs- und Personalräte.

Viele von Euch haben Erstversorgung der Geflüchteten organisiert und für Unterbringungsmöglichkeiten gesorgt.

Dafür herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nun muss die Integration von Geflüchteten in unseren Arbeitsmarkt organisiert werden.

Und ich will das ganz klar sagen:

Wir werden uns als Gewerkschaften gemeinsam mit Betriebs- und Personalräten dafür einsetzen, dass diese Menschen ordentliche Jobs bekommen und nicht als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich will aber auch an die Menschen in Russland erinnern.

Es gibt dort Menschen, die mutig gegen diesen Krieg Position beziehen. Teilweise auf die Straße gehen. Sie riskieren Verfolgung und Repression. Auch sie haben Respekt und unsere Solidarität verdient.

Kolleginnen und Kollegen,

neben den humanitären Fragen treiben uns alle zunehmend die ökonomischen Folgen dieses Krieges um.

Und wir haben es doch bereits in der Pandemie gesehen:

Einseitige Abhängigkeiten führen zu wirtschaftlichen Risiken.

Heute stehen Bänder stehen still, weil Kabelbäume aus der Ukraine nicht mehr geliefert werden. In den Betrieben muss erneut über Kurzarbeit und Beschäftigungssicherung verhandelt werden.

Wir müssen Globalisierung neu denken!

Nicht der Standort, wo noch ein paar Cent Lohnkosten gespart werden, ist am Ende der Wirtschaftlichkeit!

Das muss ein Ende haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir erleben zurzeit auch eine rasant steigende Inflation. Sie belastet gerade Menschen mit niedrigem Einkommen.

Das sogenannte 2. Entlastungspaket der Bundesregierung ist gut, geht aber nicht weit genug!

- Als Gewerkschaften im DGB fordern wir deshalb:
- Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags auf 12.800 Euro
- (entlastet Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen)
- Einführung eines Mobilitätsgeldes für die vielen Pendler
- Gaspreise generell zu deckeln

Über 8.000 betriebliche Interessenvertreter*innen der IG Metall aus mehr als 3.600 Betrieben mit rund 2,4 Mio. Beschäftigten unterstützen das.

Wir haben diese Forderungen an die Politik weitergeleitet!

Wir erwarten, dass da jetzt zügig was kommt!

Kolleginnen und Kollegen,

Klar ist auch: JETZT geht es darum, wie wir in der Energieversorgung möglichst schnell unabhängig von russischem Öl und Gas werden.

Ich sage aber auch klar: Wir müssen ein kurzfristiges Gas-Embargo verhindern und industrielle Substanz und Wertschöpfung in unserem Land erhalten.

Ich will es an einem Beispiel verdeutlichen: Würde im Gasnotfallplan der Bundesregierung die Zuteilung von Gas für die Stahlindustrie um 30 Prozent gesenkt, führte das unweigerlich zum Produktionsstopp in der Stahlindustrie, mit drastischen Folgen innerhalb von drei Tagen für die Lieferkette in der Automobilindustrie oder dem Maschinenbau.

Ein wirtschaftlich nachhaltig geschwächtes Deutschland aber hilft weder der Ukraine bei erforderlicher humanitärer Unterstützung, noch einem sozialeren Europa.

Energiewende und Transformation

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Notwendigkeit zur Gestaltung der Energiewende und der Transformation hin zu einer klimaneutralen Industrie, Arbeit und Gesellschaft macht ja, auch nicht wegen des Krieges in Europa, „mal eben Pause“.

Im Gegenteil: Der letzte Bericht des Weltklimarates (IPCC) fordert uns alle zu noch mehr Anstrengungen auf. Der Strukturwandel wird deshalb in den nächsten Jahren weiter an Fahrt aufnehmen.

Wir werden uns verändern müssen: wie wir arbeiten, leben und konsumieren. Deshalb ist es richtig und wichtig, einen Booster für die Energiewende einzulegen. Das ist Ziel der Bundesregierung mit dem Energiesofortmaßnahmenpaket („Osterpaket“).

Ein Herzstück:

(Zitat) Erneuerbarer Energien sind von „überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit“. Regenerative Energien erlangen damit eine „sicherheitspolitische Dimension“ (Zitatende).

Die im Gesetz vorgesehene Verdreifachung im Zubau von Wind- und Solaranlagen ist richtig und wichtig für:

- Die E-Mobilität (Autoland BaWü, Autoregion Sindelfingen).
- Mit grünem Wasserstoff betriebene Stahlwerke.
- Klimaneutrale Flugzeuge, den Bahn- und Schiffsverkehr.

Kolleginnen und Kollegen,

wir Gewerkschaften gestalten den Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft!

Wir setzen uns für eine gerechte Transformation ein, die unser Land sozial, ökologisch und demokratisch zum Besseren verändert.

Für uns ist klar: Die Transformation wird nur erfolgreich sein, wenn gute Arbeit, nachhaltiger Wohlstand und sozialer Fortschritt zum Leitmotiv erhoben werden.

Und: Ob die Transformation erfolgreich gestaltet werden kann oder nicht, entscheidet sich in den Regionen.

Hier sind die Unternehmen.

Hier leben die Menschen.

Deshalb setzen wir uns in Transformationsräten und regionalen Transformationsnetzwerken für eine gute Perspektive in den Regionen ein.

So hat die IG Metall im Rahmen des „Zukunftsfonds Automobil“ bundesweit 26 regionalen Netzwerkstrukturen entwickelt und vorgeschlagen.

Ziel ist, eine starke industrielle Basis zu erhalten oder zu entwickeln und damit einen handlungsfähigen Sozialstaat zu gewährleisten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

um die Aufgaben der Transformation zu stemmen, braucht es massive Investitionen – öffentliche wie private.

Die IG Metall hat deshalb das Preisschild bereits im Wahlkampf genannt: 500 Milliarden Euro an zusätzlichen öffentlichen Investitionen bis 2030!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Bundesregierung hat erkannt, dass es mehr öffentliche Investitionen braucht.

Sie ruft ein „Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen“ aus.

Das begrüße ich ausdrücklich!

In die falsche Richtung geht aber, dass die Ampel sich nicht dazu durchringen konnte, die Schuldenbremse abzuschaffen.

Da kann Lindner rudern wie er will. Es bleibt dabei:

Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse!

Deshalb gehört sie abgeschafft!

Kluge Investitionen...

- in eine zukunftsfähige Wirtschaft mit mehr Geschlechtergerechtigkeit,
- in lebenswerte Kommunen mit bedarfsgerechten Kitas und Schulen,
- in den ÖPNV und klimaverträgliche Mobilitätskonzepte,
- in ein hochwertiges Gesundheitswesen,
- in bezahlbaren Wohnraum, schnelles Internet bis hin zu handlungsfähiger Polizei und Katastrophenschutz.

All das verbessert nicht nur die Lebensbedingungen der Menschen – sie sind Investition in die Zukunft und damit auch ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie.

Pandemiebewältigung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den letzten beiden Jahren hat uns Corona einmal mehr gezeigt, wie elementar wichtig Pflege und ein funktionierendes öffentliches Gesundheitswesen in Deutschland ist.

Egal ob im Heim, bei den ambulanten Diensten oder im Krankenhaus. Wir alle sind auf gut ausgebildete Pflegekräfte angewiesen, die eine gute Versorgung sicherstellen.

Und in unserer alternden Gesellschaft brauchen wir mehr Pflegekräfte in Krankenhäusern, Altenheimen und bei den ambulanten Pflegediensten.

Doch das setzt gesellschaftliche Anerkennung, gute Löhne und bessere Arbeitsbedingungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf voraus.

Anerkennung durch Applaus von den Balkonen ist nett – macht aber nicht satt!

Und trotz großer Ankündigungen in der Corona-Krise hat sich an den schlechten Arbeitsbedingungen nichts geändert.

Das ist ein Skandal!

Die Kolleginnen und Kollegen sind nach zwei Jahre Corona, immer dünner werdenden Personaldecke einfach „durch“.

Am Ende ihrer Kräfte.

Wir brauchen deshalb endlich verbindliche Personalvorgaben.

Vorgaben, die dem tatsächlichen Betreuungsbedarf der Menschen entsprechen und die zwingend eingehalten werden müssen.

Grundlegende, nachhaltige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen in den Gesundheitsberufen sind vielmehr das Gebot der Stunde!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

anders als in anderen Teilen der Welt, verfügt Deutschland mittlerweile über genügend Impfstoff. Und damit über einen dauerhaften Weg aus der Pandemie.

Aber noch immer sind nicht alle Menschen von der Wichtigkeit einer Impfung überzeugt.

In „Querdenker-Kreisen“ wird weiter massiv gegen Impfungen agitiert.

Ich will an dieser Stelle betonen: Selbstverständlich ist es nachvollziehbar, dass Menschen Ängste und Sorgen haben. Zum Glück ist es in unserer Demokratie möglich, staatliches Handeln zu kritisieren und zu hinterfragen.

Und selbstverständlich gab und gibt es politische Entscheidungen, über deren Lehren wir diskutieren müssen.

Berechtigte Sorgen, Ängste und Zweifel spielen aber häufig im Rahmen der sogenannten „Spaziergängen“ gar keine Rolle mehr.

Sie dienen vielmehr nur noch als Vorwand, um gegen Demokratie, gegen Solidarität und letztlich auch gegen die Rücksichtnahme auf die Schwächsten in der Gesellschaft zu hetzen.

Unter dem Deckmantel von Corona-Protesten Hass und Hetze zu verbreiten und unsere Demokratie als Ganzes zu diskreditieren, dürfen und werden wir nicht zulassen, *liebe Kolleginnen und Kollegen.*

Und deshalb ist es gut und richtig, dass in vielen Städten, in denen die Querdenker*innen und Corona-Leugner*innen unterwegs waren oder sind, gewerkschaftlich Aktive sich ihnen in den Weg stellen.

Viele von Euch haben bei unzähligen Aktionen und Protesten hier in der Region deutlich gemacht: #Wer mit Nazis spaziert, hat nichts kapiert!

Dafür danke ich Euch!

Denn wir wissen: Hass und Hetze spaltet – Solidarität ist das Gebot der Stunde!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Pandemie haben wir auch viel über Lücken der Digitalisierung in unserem Land gelernt. Wir haben es im Homeoffice gemerkt. Besonders krass aber im Bildungsbereich.

Ich möchte deshalb ausdrücklich den Kolleginnen und Kollegen der GEW danken, die als Lehrer*innen in dieser schwierigen Zeit ihren Bildungsauftrag zum großen Teil mit Home-Schooling gewährleistet haben.

Herzlichen Dank, ihr habt in dieser Zeit hervorragende Arbeit geleistet.

Mein Dank gilt auch den vielen Tausend Erzieher*innen und Sozialarbeitern in den Kitas.

Und es ist eine Schande, wie diese Kolleginnen und Kollegen bezahlt werden und welche Arbeitsbedingungen ihnen zugemutet werden.

Unsere Kolleginnen und Kollegen von ver.di und der GEW machen dagegen mobil und kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen.

Unsere Solidarität gehört Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Betriebsratswahlen und Mitbestimmung

Kolleginnen und Kollegen,

wie ihr wisst, sind wir gerade mitten in den Betriebsratswahlen.

Vom 1. März bis zum 31. Mai werden in 10.000 Betrieben Betriebsräte gewählt.

In vielen Betrieben wurde bereits gewählt.

Bei uns im Organisationsbereich der IG Metall stellen wir bisher fest:

- hohe Wahlbeteiligung,
- bislang durchweg gute Ergebnisse für die Listen der IG Metall.

So auch bei Mercedes hier in Sindelfingen. Ich möchte deshalb meinen Kollegen Ergun Lümalı und Stefan Heinzl an der Spitze des Betriebsrates bei Mercedes – stellvertretend für alle Kolleg*innen, die bereits gewählt wurden – herzlich gratulieren.

Ihr habt mit Eurem Wahlkampf „Take 5 for best life“ deutlich gemacht, dass „Erfolg kein Zufall ist“ und so, mit knapp 80 Prozent der Stimmen, zwei Mandate zusätzlich erhalten.

Das zeigt den Erfolg konsequenter Betriebsratsarbeit mit einer starken Gewerkschaft im Rücken. Herzlichen Glückwunsch!

Und ein wichtiges Teilergebnis der bislang stattgefundenen Wahlen ist auch: Die Blütenträume der Rechten sind dabei nicht aufgegangen.

Vielerorts konnten rechte Listen verhindert werden oder mussten Betriebsratssitze abgeben. Das ist erfreulich!

Aber zur Wahrheit gehört auch: Hier in Sindelfingen sind es immer noch über 800 Stimmen für das Zentrum Automobil. 800 zu viel!

Deshalb in aller Klarheit: Keinen Fußbreit den Faschisten!

Das gilt im Betrieb. In der Kneipe. Auf dem Marktplatz.

Danke Euch allen, die sich hier in der Region dafür einsetzen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich habe es eben bereits deutlich gemacht. Heute geht es darum, wie sich unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft weiterentwickeln. Jetzt werden die Weichen dafür gestellt.

Wir wollen deshalb mit unserer „Initiative Mitbestimmung“, dass Betriebsräte, mit mehr Rechten ausgestattet werden.

Dass Betriebsräte wirklich auch die Weichen stellen können:
Für einen sozialen und ökologischen Wandel mit guter Arbeit.

Und wir wollen, dass gute Arbeit zum Standard in allen Betrieben wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Betriebsrätemodernisierungsgesetz von 2021 war wichtig, aber letztlich ein Reförmchen.

Was wir jetzt brauchen ist eine echte Reform.

Wir brauchen ein Betriebsverfassungsgesetz, das fit gemacht wird für eine digitale, globalisierte und klimaneutrale Arbeitswelt der Zukunft!

Im Koalitionsvertrag der Ampel steht:

„Die sozial-ökologische Transformation und die Digitalisierung kann nur mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wirksam gestaltet werden.“

Das ist gut so, da muss aber jetzt mal „Butter bei de Fische“!

Ja, wir wollen auf Augenhöhe mitbestimmen!

Ja, wir wollen mehr Demokratie in der Wirtschaft!

Bei der betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmensmitbestimmung!

Mindestlohn und Tarifverträge

Kolleginnen und Kollegen,

der gesetzliche Mindestlohn wird zum 1. Oktober des Jahres auf zwölf Euro pro Stunde steigen.

Das ist gut! Das ist notwendig und überfällig! Und es ist unser gemeinsamer Erfolg!

„Arm trotz Arbeit“ ist kein Randphänomen dieser Gesellschaft mehr, sondern für viele Menschen bittere Realität.

Die geplante Erhöhung führt zu Einkommenszuwächsen bei mindestens 6,2 Millionen Menschen.

Darunter sind insbesondere Teilzeitbeschäftigte und Minijobber*innen, aber auch 1,4 Millionen Vollzeitbeschäftigte.

Und für einen Vollzeitbeschäftigten Single ohne Kinder bedeutet die Mindestloohnerhöhung immerhin 220 Euro mehr im Monat.

Aber klar ist auch: Der Mindestlohn ist nur die letzte Haltelinie vor sittenwidrigen Löhnen.

Und für uns Gewerkschaften war und ist der Mindestlohn immer nur die zweitbeste Lösung.

Und wenn die Arbeitgeber?
Sie klagen wieder mal – wie bei jeder Mindestloohnerhöhung.

Wenn die Verbandsfürsten das kritisieren und ihr Herz für die Tarifautonomie entdecken...

Dann sage ich: Okay, wenn ihr das ernst meint, dann solltet ihr nicht die OT-Verbände stärken, sondern gemeinsam mit den Gewerkschaften für mehr Tarifbindung sorgen.

Das wäre mal ein konstruktiver Beitrag!

Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der Lohnkonkurrenz und Verbesserung der sozialen Bedingungen in dieser Gesellschaft.

Tarifverträge, *liebe Kolleginnen und Kollegen*, sind das wichtigste Instrument, um Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern und ein würdevolles Leben im Alter zu ermöglichen:

- Ob Gehalt, Urlaubstage, Urlaubs- und Weihnachtsgeld; ob Arbeitszeiten, Beschäftigungssicherung, Kündigungsfristen oder Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung – Beschäftigte mit tariflich geregelten Arbeitsverhältnissen stehen besser da als ohne.

- Das gilt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, denn Beschäftigte ohne Tarifvertrag arbeiten länger, verdienen aber im Durchschnitt aller Branchen 350 Euro brutto weniger im Monat. (In der Industrie verdienen Tarifbeschäftigte sogar 840 Euro im Monat mehr als Kolleginnen und Kollegen ohne Tarifvertrag).

Flächentarifverträge sorgen für einen fairen Wettbewerb der Unternehmen. Das wissen auch die Arbeitgeber der Bauindustrie: Aber was veranstalten die gerade?

Sie wollen den tariflichen Mindestlohn für Bauarbeiter nicht mehr, den sie selbst erfunden haben, und lehnen sogar ein Schlichtungsergebnis ab.

Begründung: Der gesetzliche Mindestlohn sei mit zwölf Euro hoch genug, da braucht es keine Branchenregelung mehr.

Kolleginnen und Kollegen,

es ist ein Skandal, wenn die Arbeitgeber sich einen schlanken Fuß machen und ausgerechnet mit einem Verweis auf den Mindestlohn Tariffucht begehen.

Deshalb: Wir stehen solidarisch an der Seite der Kolleginnen und Kollegen der IG BAU, die jetzt den Kampf für die Gültigkeit ihrer Tarifverträge führen muss!

Aufbruch in ein soziales und nachhaltiges Europa

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

„Arm trotz Arbeit“ akzeptieren wir weder in Deutschland noch in der EU!

Um das zu verhindern, hat die EU-Kommission nun eine Mindestlohn-Richtlinie vorgelegt.

Und die Europäische Kommission hat vor kurzem auch einen Vorschlag für ein europäisches Lieferkettengesetz vorgelegt.

Es soll Unternehmen verpflichten, die Menschenrechte entlang ihrer weltweiten Lieferketten zu achten. Das ist gut, aber noch viel zu zaghaft.

Jetzt sind die Regierungen der Mitgliedstaaten und unser Europäisches Parlament gefordert, hieraus eine starke Richtlinie mit verbindlichen Rechten zu machen.

Dazu gehören spürbare Bußgelder und ein Ausschluss von der öffentlichen Auftragsvergabe, genauso wie eine zivilrechtliche Haftung für entstandene Schäden und Rechtsverletzungen.

Schluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen hier heute nach zwei Jahren wieder gemeinsam auf den Plätzen.
Das ist ein großartiges Gefühl, das ist gelebte Gewerkschaft.

Wir wissen: Solidarität braucht Nähe!

Kein Bildschirm, kein Algorithmus kann persönliche Begegnungen im Betrieb, auf der Straße, im Gewerkschaftshaus ersetzen.

Wenn wir als Gewerkschaften aktiv gestalten wollen, braucht es Begeisterung und Identifikation, damit gemeinsam Ideen entwickelt werden können.
Unsere Kraft kommt von den Wurzeln!

Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Mitglieder in Betrieben und Verwaltungen seid diejenigen, auf deren Kraft unsere Gewerkschaftsbewegung aufbaut.

Dafür bedanke ich mich ganz herzlich bei Euch!

Leonardo da Vinci hat mal gesagt:
„Die Zukunft gehört denen, die sie verändern.“

Lasst uns gemeinsam die Herausforderungen anpacken!

Lasst uns gemeinsam die Zukunft „fair-ändern“!

- Für eine friedliche Welt und eine Ächtung von Kriegen.
- Für sozialen Frieden in den Betrieben, Unternehmen und Verwaltungen.
- Für Solidarität und Mitbestimmung.
- Für gute Arbeit und einen nachhaltig fairen Wandel.
- Gegen die zunehmende soziale Ungleichheit in Deutschland

Besinnen wir uns dabei auf unsere gemeinsame Kraft.

Auf die Kraft der Vielen!

Herzlichen Dank und Glück auf!